



## Liebe Leserinnen und Leser,

### Inhalt:

- [Unser grünes Energiekonzept](#)
- [Koalition gegen Fernwärme](#)
- [Stromnetzausbau](#)
- [Laufzeitverlängerung?](#)
- [Fortschritt in Cancun?](#)
- [Ein hin und Her um CCS](#)
- [AKWs als Brücke für CCS: Ein Brief](#)
- [Krankenhausfinanzierung](#)
- [Minderheitenpolitik](#)
- [Bürgermeisterwahl in Flensburg](#)
- [Energy Valley Flensburg](#)
- [Mein Team ist vollständig!](#)
- [Bundestagsfahrten](#)
- [Online](#)

Mit meiner vierteljährlichen Infopost will ich euch einen Rückblick auf diesen Herbst geben und einige Termine ankündigen: In der Energiepolitik ist viel passiert, die Laufzeitverlängerung scheint beschlossene Sache zu sein, doch noch ist zum Glück nichts endgültig entschieden. Denn eine Klage steht auf jeden Fall an und 2013 sieht ja hoffentlich wieder alles ganz anders aus.

Doch schon die Debatte um die Laufzeitverlängerung hat den Wettbewerb im Strommarkt erheblich beeinträchtigt. Dazu haben wir einen [Brief an die Stadtwerke geschrieben](#) und deren Situation publik gemacht.

Auch die Debatte um den Netzausbau ist entbrannt, den manche gerne als Argument gegen erneuerbare Energien verwenden. Doch vor Ort sind es oft auch gerade die CDU-Bürgermeister, die sich gegen den notwendigen Netzausbau stemmen. Und auf Bundesebene hat die Regierung hier kein Konzept vorzuweisen – wir werden unseres auf der Fraktionsklausur im Januar vorlegen.

Mit dem Argument der EEG-Umlage-Erhöhung stellen inzwischen manche den Einspeise-Vorrang in Frage. Erst am 15.12. hat die Bundesnetzagentur im Wirtschaftsausschuss die Strompreiserhöhungen in Frage gestellt: Denn die Strompreise an der Börse sind seit 2008 gesunken, was aber nicht an die Kunden zurückgegeben wurde. [Mehr dazu](#)

Ich wünsche Euch allen eine schöne Weihnachtszeit und besinnliche Feiertage.

Viel Spaß beim Lesen.

Mit herzlichen Grüßen

Eure Ingrid

Das grüne Energiekonzept

Auf unserer Fraktionsklausur im September in Kassel haben wir unser

grünes Energiekonzept verabschiedet:

**„Energie 2050: sicher erneuerbar“**

Darin zeigen wir den Weg zu 100% erneuerbaren bis 2050 auf.

Denn wir Grüne wollen eine Energie- und Klimapolitik durchsetzen, die sich am gesellschaftlich Notwendigen orientiert und nicht an den kurzfristigen Interessen der Energiekonzerne. Energiesicherheit und Klimaschutz gehören zusammen. Nimmt man die wachsende Konkurrenz um begrenzte Ressourcen ernst, will man den Anstieg der globalen Temperatur um mehr als zwei Grad Celsius verhindern, dann muss der Ausstoß von Klimagasen in Deutschland um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 gesenkt werden. Das große Ziel heißt also, innerhalb von nur 40 Jahren faktisch die gesamte Energieversorgung in Deutschland CO<sub>2</sub>-frei zu machen.

Das Ziel ist hoch ambitioniert. Aber es ist erreichbar, wenn wir heute Ernst machen mit Energieeinsparung und Ausbau erneuerbarer Energien in allen Sektoren. Bis 2020 könnten wir im Stromsektor den Anteil erneuerbarer Energien auf deutlich über 40 Prozent steigern. Möglicherweise bereits 2030 könnte der Strom nahezu vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Mehr

Die Regierung brüstet sich bei jeder Gelegenheit, ihr Energiekonzept sei das erste langfristige und umfassende Konzept. In Wirklichkeit ist es jedoch nichts anderes als ein Atomkonzept.

Dazu ein Beispiel aus dem Verkehrs- und Bauausschuss: In Deutschland fallen 70% des Endenergieverbrauchs auf den Bereich Bauen und Wohnen. Doch der Bauausschuss wurde noch nicht einmal eingebunden in die Gespräche zum "Energiekonzept"! Auf unsere Kritik hin hat der Ausschuss eine Selbstbefassung aufgesetzt. Ein Parlamentarier der Koalition lobte sein Konzept einmal mehr als umfassend und nannte drei Kernelemente, die alle nur mit Strom und Atom zu hatten, nichts mit Gebäuden oder Verkehr. Und das sogar im Verkehrs- und Bauausschuss!

Dieses Erlebnis ist symptomatisch für die Situation in Berlin, in der die Koalition nur an Atom denkt, und versucht das mit Worten über ein angeblich so umfassendes Konzept zu kaschieren.

Tatsächlich finden sich im Konzept in den Kapiteln jenseits von Atom zwar eine ganze Reihe Ziele, zum Teil auch anspruchsvolle Ziele und durchaus grün klingende Rhetorik.

Aber nach wirkungsvollen Maßnahmen zur Umsetzung sucht man lange. Eine der wichtigsten im Gebäudebereich (Standards langfristig auch für den Altbau) wurde bereits nach drei Tagen wieder kassiert, die andere wichtige Maßnahme im Gebäudebereich ist eine Halbierung der Fördergelder.

Zurück nach oben

Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion gegen Fernwärme

Zusammen mit den Entscheidungen über die Laufzeitverlängerung peitschte die Koalition auch das Haushaltsbegleitgesetz durch den Bundestag.

Das nahm teilweise tragisch-komische Züge an: In der abendlichen Sitzung des Wirtschaftsausschusses wurden von der Koalition viele neue Änderungsanträge eingebracht – anscheinend kannten nicht alle deren Inhalte.

Am nächsten Tag entdeckten manche, dass sie über Nacht eine

Steuererleichterung für Fernwärme abgeschafft hatten.

Eine steuerliche Entlastung der Fernwärme im Energiesteuergesetz ist wichtig und notwendig, um das von der Bundesregierung gesetzte Ziel, den KWK-Anteil an der gesamten Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen, nicht zu gefährden.

Die an die Fernwärmenetze angeschlossenen Heizsysteme unterliegen in der Regel dem Emissionshandel und treten auf dem Wärmemarkt in Konkurrenz mit anderen Heizlösungen, die nicht am Emissionshandel teilnehmen. Die von der Bundesregierung im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 bereits vorgeschlagene steuerliche Begünstigung dient dem Abbau bestehender Wettbewerbsnachteile der Fernwärme-Versorgung.

[Zurück nach oben](#)

## Der Stromnetzausbau

Im November haben sich die Energieakteure mit Zahlen zum Ausbaubedarf der Stromnetze in Europa und Deutschland gegenseitig übertrumpft. EU-Kommissar Oettinger und die Deutsche Energieagentur (dena) haben Pläne für die Entwicklung der Netzinfrastruktur bis 2020 vorgelegt. Doch der notwendige Netzausbau kommt nur stockend voran und die Bundesregierung hat kein Konzept, um den Netzausbau voranzubringen. Doch nur verbunden durch starke und intelligente Stromnetze können die erneuerbaren Energien ihre volle Stärke ausspielen.

Daher setzen wir Grünen auf eine Beschleunigung des Netzausbaus durch eine umfassende Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und bessere technische Lösungen vor Ort. Wir wollen die Netzbetreiber stärker in die Pflicht nehmen und durch neue Akteure mehr Wettbewerb beim Netzausbau schaffen. Aufbauend auf diesen Kernpunkten habe ich in Diskussion mit Experten und der Fraktion ein Positionspapier zum Ausbau und Umbau der Stromnetze geschrieben, das im Januar auf der Klausur der Bundestagsfraktion beschlossen wird.

Auch zu den Netzpapieren von Kommissar Oettinger und der dena findet ihr Infos auf meiner Homepage.



*Ingrid redet zu Netzen auf der BDK in Freiburg*

[Zurück nach oben](#)

## Laufzeitverlängerung- wie geht es weiter?

Im November haben die Fraktionen von Union und FDP Laufzeitverlängerungen für AKWs in einem parlamentarisch fragwürdigen Durchlauf beschlossen. Sogar Bundestagspräsident Lammert kritisierte, dass das Atomgesetz "keine gute Arbeit" sei und sprach von einer "Zumutung". In den Ausschusssitzungen zwei Tage vor der entscheidenden Plenarabstimmung kannten die



Ingrid auf der Demo in Dannenberg

#### Fortschritt in Cancun?

Parlamentarier der Koalition nicht einmal ihre eigenen Änderungsanträge.

Und bei der Anhörung war keine Zeit, das Thema Atommüll auch nur rudimentär zu behandeln. Mein Recht, im Ausschuss einen Änderungsantrag zu stellen, wurde nicht gewährt.

Auch Bundespräsident Wulff hat das Gesetz inzwischen unterzeichnet. Wir und andere werden vor dem Bundesverfassungsgericht klagen und unter anderem die Beteiligung des Bundesrates einfordern.

Außerdem wollen wir bei einem Regierungswechsel diese Entscheidung wieder rückgängig machen.

[Zurück nach oben](#)

Die Einigungen der Klimaverhandlungen in Cancun sind im Vergleich zu den Ergebnissen von Kopenhagen ein großer Schritt. Eine Lösung für ein neues gerechtes Klimaabkommen braucht aber noch sehr viel Arbeit und Kompromisswillen. Trotzdem war die erreichte Einigung auf Ziele wichtig und richtig.

Jetzt kommt es darauf an, dass verbindliche Mechanismen und Reduktionsziele schnell vereinbart werden, um den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß tatsächlich zu stoppen. Den Beschluss zum Klimafonds begrüße ich sehr. Es ist interessant, dass die Industriestaaten sich eher auf die Bereitstellung großer Geldsummen einigen können, als auf eine Umstellung ihrer Energieversorgung auf Erneuerbare und Effizienz. Die Lobby der alten und fossilen Industrie ist weltweit massiv am Wirken.

Die Europäische Union steht nach Cancun in der Pflicht mit ambitionierten Zielen voran zu gehen und bis 2020 30% ihrer Emissionen zu reduzieren. Deutschland muss seinen Teil beitragen. Die aktuelle Arbeit der Bundesregierung, auf der Klimakonferenz in Mexiko sowie hier in Deutschland wirkt bisher dem entgegen. [Mehr](#)

#### Ein Hin- und Her um CCS

[Zurück nach oben](#)

Bei CCS ist die Bundesregierung wankelmütig:

Das CCS-Gesetz erscheint mal auf der Tagesordnung des Kabinetts, und dann wird es kurzerhand wieder herunter genommen. Kaum erhöht die Vattenfall-Lobby den Druck, steht der Entwurf wieder zur Debatte. Dann muss wieder der Landesfürst aus Schleswig-Holstein Bundesumweltminister Röttgen daran erinnern, dass er ein Versprechen abgegeben hat. Und siehe da, plötzlich ist das Gesetz wieder verschwunden. So geht das nun schon seit vielen Wochen.

Der Gesetzesentwurf selbst ist nach wie vor nicht akzeptabel. Umweltminister Röttgen hat die Länderklausel versprochen, die den Ländern das Recht einräumt, CCS auf eigenem Territorium zu verhindern. Im derzeitigen Entwurf ist davon nichts zu finden. Lediglich über weitreichende Raumordnungspläne kann ein Bundesland das Gebiet für CCS eingrenzen.

[Zurück nach oben](#)

AKWs als Brücke für CCS: Ein Brief an die schleswig-holsteinischen CDU und FDP-Abgeordneten

AKW-Laufzeitverlängerung ist eine Brücke zu CCS und daher im Widerspruch zur Politik der Landesverbände von CDU und FDP. In einem offenen Brief an die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP aus Schleswig-Holstein habe ich sie deshalb aufgefordert, die Novelle des Atomgesetzes im Bundestag abzulehnen. 3 von 13

Abgeordneten haben sich die Mühe gemacht zu antworten. [Mehr](#)

#### Zurück nach oben

Krankenversicherungsfinanzierungsgesetz

Im November hat die Bundesregierung das Gesetzliche-Krankenversicherungs-Finanzierungsgesetz verabschiedet.

Darin ist die Bundesregierung von der eigentlichen Option wieder abgerückt, ab 2015 eine bundesweite Vereinheitlichung der Krankenhausfinanzierung einzuführen. Dies führt dazu, dass allein in Schleswig-Holstein zukünftig Mehreinnahmen von 20 Mio. Euro fehlen werden, was 500 Pflegekräften im Jahr entspricht.

Besonders unfair ist das für Schleswig-Holstein, weil z.B. Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg deshalb auch in Zukunft für die gleichen Leistungen mehr Geld als in Schleswig-Holstein erhalten werden.

Außerdem belastet die Koalition mit dem Gesetz einseitig die Versicherten und bringt so eine ungerechte Finanzierung des Gesundheitssystems auf den Weg. Zusätzlich fehlen wirksame Lösungen für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit und eine mehr an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientierte Versorgung. Alles in allem wird das Gesetz vermutlich zu einem weiteren Personalabbau in den Krankenhäusern beitragen. Die Qualität insbesondere in der Pflege kann so nicht verbessert werden. [Mehr](#)

#### Zurück nach oben

Minderheitenpolitik

Mit den Kürzungen im Land und beim Bund wird 2011 ein hartes Jahr für Dänen und Deutsche gemeinsam. Minderheitenschutz und Völkerverständigung brauchen in der deutsch-dänischen Grenzregion einen ausgewogenen Einsatz beider Staaten.

Zum Glück hat der Bund einen Teil der Kürzungen für den Nordschleswiger Bund rückgängig gemacht. Doch es handelt sich immer noch um eine Kürzung.

Für die Dänischen Schulen wurde in einer Nacht und Nebelaktion von FDP und CDU die Landesregierung in Schleswig-Holstein gestützt. Der Bund sprang kurzerhand für die Kürzungen der Landesregierung bei den dänischen Schulen ein – obwohl Bildung eigentlich Ländersache ist. Ich bin sehr froh über die Gelder für die dänischen Schulen, aber ist das eine verantwortungsvolle Art und Weise nachhaltige Politik zu machen? [Mehr](#)

#### Zurück nach oben

Bürgermeisterwahl in Flensburg

23% Wahlbeteiligung bei der Stichwahl zum Bürgermeister – das ist für die Demokratie ein erschreckendes Zeichen. Wir Politikerinnen und Politiker müssen uns in Zukunft noch stärker bemühen, durch Ehrlichkeit und überzeugende Gesamtkonzepte das Vertrauen der Menschen zu gewinnen - auch wenn das manchmal zunächst unbequem erscheinen mag. Durch Veranstaltungen in meinem Wahlkreisbüro versuche ich immer wieder den Kontakt und die Diskussion mit den Bürgern zu beleben. Der Austausch mit den Menschen aus Flensburg ist für mich sehr wertvoll: Um die Auswirkungen und Folgen von den immer komplizierter werdenden Gesetzen erfassen zu können, braucht man als Politiker die Rückmeldung der Betroffenen! [Mehr](#)

## Zurück nach oben

### Energy Valley Flensburg

Bei einem Abend im Flensburger Wahlkreisbüro wurde die Idee des Energy Valley Flensburg weiterdiskutiert: neue, nachhaltige Arbeitsplätze für Flensburg im Bereich der Erneuerbaren Energien und Umwelttechnik zu schaffen. Viele gute Voraussetzungen bringt die Stadt bereits mit. So gibt es fünf Studiengänge an Universität und Fachhochschule, die sich inhaltlich mit dem Thema Umwelttechnik befassen. Jährlich verlassen zahlreiche ausgebildete Fachkräfte die beiden Hochschulen, aber die wenigsten von ihnen bleiben in Flensburg. Dieses Problem war der Ausgangspunkt der Diskussion, die an diesem Abend zwischen Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorangetrieben wurde.

Geladene Gäste waren u. a. Vertreter von FURGY, CEwind, IHK, IG-Metall und des Arbeitgeberverbandes. Aber auch einige Unternehmensgründer waren gekommen, um von ihren Erfahrungen zu berichten.

So wurde diskutiert, wie man kreativen Köpfen mit guten Ideen den Einstieg in die Selbständigkeit erleichtern kann. Dabei wurde betont, dass neben stabiler Rahmenbedingungen und der Unterstützung im Umgang mit der Verwaltung eine ganze Reihe weiterer Faktoren eine wichtige Rolle spielen. Notwendig sind eine Entbürokratisierung, intensivere Netzwerkarbeit und Kristallisationspunkte in Flensburg, an denen Existenzgründer aufeinander treffen können und beraten werden. Ein Vorschlag zielte auf die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt für kreative Köpfe, in der gerade andere als die „üblichen Verdächtigen“ nach gangbaren Wegen suchen.

## Zurück nach oben

### Mein Team ist komplett



*Von links nach rechts: Elena Scheiber, Ellen Kittel-Wegner, Markus Meyer, Dagmar Kersten, Ingrid Nestle, Sarah Elze und Claudia Prehn. Wie man sieht stammt das Foto noch aus unserer Klausur im Sommer!*

Elena Scheiber ist seit Anfang Oktober mit dabei und unterstützt uns bei den Themen Netzausbau und Marktintegration der Erneuerbaren Energien.

## Zurück nach oben

### Bundestagsfahrten

Drei Mal jährlich lade ich eine Besuchergruppe von 50 politisch

interessierten Menschen aus Schleswig-Holstein nach Berlin ein. Auf dem Programm stehen Besuche, die Einsichten in die politische Arbeit in Berlin gewähren. Die Fahrt ist als Bildungsurlaub nach BFQG anerkannt, die Teilnahme ist kostenlos. Falls Ihr weitere Informationen dazu wünscht, wendet Euch an mein Wahlkreisbüro in Kiel. Telefonisch: (0431) 557 82 62 / oder per Mail.

[Zurück nach oben](#)

Online

Die Möglichkeiten zur Veröffentlichung sind in letzten Jahren vielfältig geworden. Damit meine Informationen möglichst viele Menschen erreichen, verwende ich auch den Service von Twitter, Facebook und YouTube. Klickt einfach auf eines der folgenden Bilder und lest und kommentiert meine neuesten Artikel.

 [Facebook](#)  [Twitter](#) [YouTube](#)

Auf meiner Homepage sind immer aktuelle Informationen sowie ein umfangreiches Archiv zu finden.

[Zur Homepage geht es hier](#)

Wir freuen uns über Rückmeldungen - diese bitte an [ingrid.nestle.ma02@bundestag.de](mailto:ingrid.nestle.ma02@bundestag.de) senden

An- und Abmeldung für unseren Newsletter:  
<http://ingrid-nestle.de/kontakt/infopost.html>